



HESSISCHER LANDTAG

10. 05. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Hessen für den sozialen Wiederaufbau Europas

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag ist sich bewusst, dass COVID-19 in Europa drastische Veränderungen an den Arbeitsplätzen, dem Bildungswesen, der Wirtschaft, in den Wohlfahrtsystemen und im sozialen Leben verursacht hat. Umso mehr begrüßt der Hessische Landtag, dass die Europäische Kommission an den im November 2017 in Göteborg beschlossenen 20 Grundsätzen der europäischen Rechte festhält und auf dem Sozialgipfel in Porto am 7. und 8. Mai 2021 mit dem Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte konkretisiert hat.
2. Der Hessische Landtag ist sich bewusst, dass besonders das Land Hessen von einem solchen europäischen sozialen Regelwerk profitiert. Aus diesem Grund wird die Landesregierung aufgefordert, die Umsetzung der Säule im eigenen Zuständigkeitsbereich zu beschleunigen und die Grundsätze zügig zu verwirklichen.
3. Der Hessische Landtag stimmt mit der ersten Zielvorgabe der EU überein, eine Erwerbstätigkeit von 78% der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren bis spätestens 2030 zu erreichen, indem europaweit
 - mindestens eine Halbierung im Vergleich zu 2019 von geschlechterspezifischen Beschäftigungsunterschieden stattfindet,
 - das Angebot an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung erhöht wird,
 - die Quote junger Menschen zwischen 15 und 29 Jahren, die sich weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung befinden auf 9 % verringert wird.
4. Der Hessische Landtag stimmt mit der zweiten Zielvorgabe der EU überein, dass
 - mindestens 60 % aller Erwachsenen jedes Jahr an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen,
 - mindestens 80 % der 16- bis 74-Jährigen über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen,
 - der Anteil der frühen Schulabgänger weiter reduziert und die Teilnahme an der Sekundarstufe II erhöht wird.
5. Der Hessische Landtag stimmt mit der dritten Zielvorgabe der EU überein, dass die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen bis 2030 um mindestens 15 Mio. verringert werden soll.
6. Für den Hessischen Landtag ist es von entscheidender Bedeutung, dass zur Umsetzung der Säule die Kräfte aller Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft gebündelt werden. Damit Hessen seinen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leistet, wird die Landesregierung aufgefordert, auf Grundlage des Aktionsplans eigene Ziele zu definieren und schnellstmöglich umzusetzen.
7. Der Hessische Landtag kritisiert die sehr abstrakten Formulierungen des Aktionsplans zur Europäischen Säule sozialer Rechte und fordert deshalb die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um bei der hessischen Bevölkerung für dieses soziale Regelwerk zu werben.

Begründung:

Europa muss sozialer werden. Für jeden einzelnen Menschen in der EU. Nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wenn das nicht gelingt, verlieren die Menschen das Vertrauen in die Europäische Union.

Die im November 2017 in Göteborg beschlossenen 20 Grundsätze der europäischen Rechte waren ein guter erster Schritt. Aber sie waren auch zugleich nur der theoretische Teil eines sozialen Europas. Auf dem Sozialgipfel in Porto im Mai 2021 sind nun handfeste Maßnahmen präsentiert worden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht von einem sozialen Regelwerk.

Es geht um ein Europa, in dem Arbeitsplätze gut bezahlt und von hoher Qualität sind und um Unternehmen, die vom Staat dafür belohnt werden, sich um ihre Beschäftigten zu kümmern. Es geht um die Solidarität zwischen den Generationen, Bildung, Ausbildung und ein funktionierendes, faires Sozialsystem. Es geht um Kampf gegen Armut, besonders Kinderarmut und für die Gleichstellung der Geschlechter, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie guter Gesundheits- und Pflegesysteme.

COVID-19 stellt alle diese Ziele und unser soziales Gefüge auf die Probe. Deshalb ist es umso wichtiger, an der Idee eines sozialen Europas auch in diesen Zeiten festzuhalten.

Nun gilt es für Hessen den Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte als Ansporn zu sehen. Die EU hat sich im Mai selbst Maßnahmen verschrieben. Sie richtet sich aber auch an alle anderen Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, an die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft.

Deshalb gilt es für Hessen auf der einen Seite, die Vorschläge der EU nur als Minimum zu betrachten. Wir müssen sie aufgreifen, ausbauen, verbessern und schnellstmöglich umsetzen. Auf der anderen Seite müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum ein soziales Europa für Hessen von Vorteil ist. Und wir müssen verständlich erklären, warum es sich für jeden einzelnen lohnt, sich in der Praxis für den sozialen Wiederaufbau Europas zu engagieren.

Wiesbaden, 10. Mai 2021

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser